VR-10 Schengen retten: Schlagbäume in Europa in die Geschichtsbücher verbannen (V-50, V-104 geeint)

| | |
|---|---|
| Gremium: | KV Warendorf, Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick) u.a. |
| Beschlussdatum: | 18.10.2024 |
| Tagesordnungspunkt: | VR Im V-Ranking priorisierte Anträge |

## Antragstext

Seit 16. September hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser an allen bundesdeutschen Grenzen stationäre Grenzkontrollen veranlasst. Bundeskanzler Olaf Scholz bezeichnete diese Maßnahme als „kleinen Baustein einer ganz großen Mauer". Ein vielsagender Satz, den er später zurücknahm.

Durch die Wiedereinführung stationärer Grenzkontrollen droht dauerhafter Schaden für die europäische Freizügigkeit, ohne dass die Grenzkontrollen die ausgegebenen Ziele erreichen.

Das Streben nach einem geeinten Europa der Freizügigkeit und gelebten Nachbarschaft zählt zu den Grundfesten unserer bündnisgrünen Politik und Überzeugung. Gerade in Deutschland, im Herzen Europas, ist das Miteinander mit unseren Nachbarn Alltagsrealität der Menschen - besonders in den Grenzregionen. Dass sich Menschen ganz selbstverständlich grenzübergreifend bewegen können, um zur Arbeit zu gehen, einzukaufen oder Freunde zu treffen, ist die Errungenschaft eines jahrzehntelangen europäischen Einigungsprozesses. Es ist die Grundlage für Wohlstand und Frieden in unserem Land, wofür wir mit ganzer Kraft einstehen.

Wir wollen nicht dabei zuschauen, wenn Stück für Stück die Steine aus dem Fundament unseres Wohlstands und unserer Freiheit gerissen werden.

Wir kritisieren, dass das Bundesinnenministerin ohne Absprache mit den EU-Partnern oder der EU Kommission zu solchen Maßnahmen gegriffen hat. Stationäre Grenzkontrollen sind kein geeignetes Mittel, um irreguläre Migration zu reduzieren, wie oft behauptet wird.

Vielen Menschen ist nicht bewusst, dass Asylsuchende durch Grenzkontrollen gar nicht abgehalten werden und werden dürfen. An jeder Grenzkontrolle kann Asyl beantragt werden, weil das zu den Grundlagen eines Rechtsstaats gehört. Doch zu viele politische Akteure spielen wecken falsche Erwartungen in der Bevölkerung, statt die Realität zu erklären und realistische Maßnahmen vorzuschlagen.

Wir lehnen dauerhafte stationäre Grenzkontrollen an EU-Binnengrenzen ab. Sie schränken nicht nur die Reisefreiheit, sondern das Miteinander und den Alltag der Menschen in den Grenzregionen ein. Wir teilen die Sorge von Unternehmen um wirtschaftliche Nachteile und erkennen keinen Nutzen bei der Verbesserung der Sicherheit. im Gegenteil: Wenn Polizeibeamte in ineffektiven Maßnahmen gebunden sind, statt effektiv eingesetzt zu werden, verschlechtern stationäre Grenzkontrollen die Sicherheitslage in Deutschland.

Stationäre Grenzkontrollen an allen deutschen Grenzen sind abseits besonderer Ausnahmefälle eine symbolpolitische, ineffektive und europarechtswidrige Maßnahme. Das lenkt nicht nur von den eigentlichen Herausforderungen und

Lösungen ab, sondern gefährdet auch die Sicherheit. Statt auf dauerhafte, stationäre Kontrollen sollten alternative Maßnahmen wie mobile Kontrollen oder eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit gesetzt werden.

Durch eine engere Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaften und Nachrichtendiensten wollen wir eine starke europäische Antwort auf die grenzüberschreitenden Bedrohungen durch Kriminalität und Terrorismus geben. Wir Grünen schlagen deshalb beispielsweise die Gründung einer Europäischen Nachrichtendienstagentur vor und die von uns seit Jahren geforderte europäische Gefährderdatei darf nicht weiter verzögert werden.

Es wäre zudem an der Zeit, endlich den Druck auf die Außengrenzstaaten zu erhöhen, damit an den Außengrenzen endlich wieder systematisch rechtsstaatliche Kontrollen stattfinden. Viele EU-Staaten werden sich sonst weiterhin weigern, Menschen systematisch zu registrieren und die Außengrenzen trotz geeigneter Mittel rechtsstaatlich zu kontrollieren. setzen stattdessen auf illegale Pushbacks und Gewalt. Eine Strategie, die nun auch in Deutschland diskutiert wird. Dabei führen die Rechtsbrüche durch EU-Staaten an den Außengrenzen eben nicht zu einem besser organisierten Asylsystem, sondern zu Chaos und Leid.Vertragsverletzungsverfahren durch die Bundesregierung könnten dazu beitragen, diesen Druck zu erhöhen und Rechtsbrüche der EU-Staaten zu sanktionieren.

Der europarechtswidrige Vorschlag von Friedrich Merz, Menschen aus Syrien und Afghanistan systematisch zurückzuweisen, ist eine direkte Folge solcher falschen Versprechungen: Da Asylanträge sich rechtsstaatlich bei Grenzkontrollen gar nicht reduzieren lassen, werden immer steilere Forderungen aufgestellt, die liberale Demokratien schnell gar nicht mehr erfüllen können. Damit treibt die Debatte Erwartungen voran, die nur die Feinde der Demokratie einlösen können.

## weitere Antragsteller*innen

Michael Bloss (KV Stuttgart); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Julian Pahlke (KV Leer/Ostfriesland); Marcel Emmerich (KV Ulm); Alexandra Geese (KV Bonn); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße); Astrid Rothe-Beinlich (KV Erfurt); Stella Alexandra Weißenburg (KV Berlin-Neukölln); Stephanie Aeffner (KV Pforzheim und Enzkreis); Enad Altaweel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Vanessa Alexa John (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Anna Steinmetzer (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Isabel Adler (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Alicia Mankel (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Kim Theisen (KV Koblenz); Malte Gerlach (KV Kassel-Stadt); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); sowie 172 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.